



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

10. Sitzung (öffentlich)

6. April 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, unter TOP 1 die Dringliche Frage der Fraktion der FDP „Welche Belege hat die Landesregierung für den Anschein, dass die vermissten Brennelementekugeln im Forschungsbergwerk Asse eingelagert sein könnten?“ zu behandeln.

Außerdem ist der Ausschuss einverstanden, unter TOP 2 eine Aktuelle Viertelstunde mit dem Thema „Geschieht die Besetzung der Landesforstverwaltung nach Parteibuch?“, beantragt am 1. April 2011 von der CDU-Fraktion, durchzuführen.

1 Dringliche Frage

5

der Fraktion der FDP an die Landesregierung

Welche Belege hat die Landesregierung für den Anschein, dass die vermissten Brennelementekugeln im Forschungsbergwerk Asse eingelagert sein könnten?

RBr Dr. Walther Pelzer (MIWF) erstattet Bericht und beantwortet anschließend gemeinsam mit Minister Johannes Remmel (MKUNLV) und LMR Peter Franke (MWEBWV) Fragen der Abgeordneten.

2 Aktuelle Viertelstunde

21

Thema: „Geschieht die Besetzung der Landesforstverwaltung nach Parteibuch?“

auf Antrag der Fraktion der CDU

Minister Johannes Remmel nimmt Stellung.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzung)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Vorlagen 15/430 und 15/271

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

Der Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU

und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert angenommen.

Der Ausschuss kommt überein, die Anhörung abzuwarten und über das Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes erst in der nächsten Sitzung am 11. Mai 2011 abzustimmen.

4 Umfang und Bewertung von Antibiotika-Einsatz in Hähnchen-Mastanlagen in NRW

29

Vorlage 15/445

Der Ausschuss diskutiert über Vorlage 15/445, zu der Minister Johannes Remmel Fragen beantwortet.

5 Umsetzung Internationales Jahr der Wälder in NRW

34

Vorlage 15/444

Minister Johannes Remmel informiert über das Internationale Jahr der Wälder in NRW.

* * *

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich)

06.04.2011
mr-be

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzung)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Vorlagen 15/430 und 15/271

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

Vorsitzender Friedhelm Ortgies teilt mit, Änderungsanträge zum Haushalt lägen nicht vor.

Hamide Akbayir (LINKE) gibt bekannt, dass sich die Fraktion Die Linke an der Abstimmung zum Haushalt nicht beteiligen werde.

Darüber hinaus werde man zum Haushalt 2011 vier Änderungsanträge in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen, die man dem Ausschuss als Tischvorlage zur Kenntnis gebe (siehe Anlage), ohne darüber im Fachausschuss diskutieren und abstimmen zu wollen.

Heute sei der Tag – so **Kai Abruszat (FDP)** –, um in eine vertiefte Haushaltsdebatte einzusteigen, und bedankt sich für die Aufstellung der Mehreinnahmen und Minder Ausgaben des Jahres 2010 im Einzelplan 10, die mit Vorlage 15/542 erfolgt sei. Die Ansatz- und Ist-Betrachtung sei erhellend gewesen. Das Ganze sei sehr kurzfristig eingegangen; man werde es noch mit dem Haushalt 2011 und den entsprechenden Haushaltsansätzen abgleichen, insbesondere die Ist-Zahlen im Haushaltsjahr 2010.

Man habe sich mit dem Haushalt 2011 und insbesondere mit dem Einzelplan 10 schon beschäftigt. Er wolle ein paar Bemerkungen zu bestimmten Haushaltsstellen machen, ohne heute schon Anträge zu stellen, und die eine oder andere Frage aufwerfen.

Beim Personalhaushalt sehe man die Rücknahme der Streichung von 42 kw-Vermerken kritisch; das habe er bereits in der letzten Sitzung angedeutet. Es gehe um Volumina von rund 2 Millionen €.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich)

06.04.2011
mr-be

Nun komme er zu einigen Kapiteln des Sachhaushalts.

Zu Kapitel 10 020:

Die FDP könne nicht nachvollziehen, warum bei Titel 537 12 – Versuche und Untersuchungen – 1 Million € und bei Titel 541 00 – Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen – 250.000 € draufgesattelt würden. Gerade in einer schwierigen Haushaltssituation gehörten solche Haushaltsstellen auf den Prüfstand.

Das Gleiche gelte für Titel 686 10 – Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw. Das Landesbüro der Naturschutzverbände erhalte rund 100.000 € mehr. Man könne sich zwar auf den Standpunkt stellen, das sei kein großer Betrag, aber auch hier finde die FDP, dass die Unterschiede zu den Ansätzen 2010 noch einmal einer gesonderten Betrachtung zugeführt werden müssten.

Das gelte ebenfalls für Titel 686 66 – Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland –, Stichwort: Agenda 21, bei dem man über 500.000 € rede, und für Titel 686 72 – Zuschuss an die „Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen“ – in Höhe von 2 Millionen €.

Zu Kapitel 10 030:

Bei Titel 686 65 – Informationskampagne „Ökologischer Landbau“ – rede man auch über eine sechsstellige Differenz.

Das Gleiche gelte für Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes in Titel 684 82 und für Naturschutzprojekte, wenn er Titel 893 82 in den Blick nehme.

Zu Kapitel 10 050: Genauso verhalte es sich bei dem Titel 537 12 – Grundlagen der Abfallwirtschaftsplanung – mit 176.000 € zusätzlich, obwohl der Abfallwirtschaftsplan gerade erst aufgestellt worden sei.

Zu Kapitel 10 060: Das Gleiche gelte für die Titelgruppe 64, die den Masterplan Umwelt und Gesundheit enthalte.

Zu Kapitel 10 090: Er wolle die einzelnen Titel nicht aufführen. Etwa bei der Kofinanzierung für das NRW EU-Ziel 2-Programm 2007 – 2013 „EFRE“ (Landesanteil) gebe es erhebliche Unterschiede zu den bisherigen Haushaltsansätzen 2010 und zum Ist.

Insofern gebe es noch einige Punkte, bei denen man kritisch nachfragen müsse.

Gleiches gelte für das Thema „Wasserentnahmeentgelt“, das heute mitberaten werde. Er wolle den Blick auf das lenken, was bisher von der Landesregierung auch im Plenum gesagt worden sei: Man habe die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen und brauche die zusätzlichen Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt, um die entsprechenden Maßnahmen zu finanzieren. Ein Blick in den Plan für die kommende Entwicklung und die Perspektive über 2011 hinaus zeige, dass die Regierung mit über 88 Millionen € Einnahmen rechne. Interessant sei, dass für Maßnahmen im Haushaltsplan 2011 lediglich mit gut 37 Millionen € veranschlagt seien. Darüber hinaus gebe es für diese Maßnahmen Kofinanzierungen und die Abwasserabgabe. In-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich)

06.04.2011
mr-be

zwischen werde über die Presse angekündigt, das Wasserentnahmeentgelt auch zu benutzen, um „schwarze Löcher“ im Haushalt zu stopfen.

Zudem gebe es eine ganze Reihe weiterer Punkte, die man im Verlaufe der weiteren Etatberatung trotz des Zeitdrucks, den man so nicht für angemessen halte, noch vortragen werde. Jedenfalls gebe es zurzeit mehr Fragen als Antworten im Hinblick auf den Einzelplan 10. Damit werde man sich noch intensiv auseinandersetzen.

Rainer Deppe (CDU) merkt an, es sei Aufgabe der Landesregierung und nicht Aufgabe der Opposition, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das sei bis heute nicht erfolgt, obwohl es in den letzten Tagen Äußerungen des Finanzministers gegeben habe. Offenbar hätten sich auch die Koalitionsfraktionen auf Veränderungen des Haushalts verständigt.

Der Abgeordnete fragt, ob der Minister heute schon die Auswirkungen auf den Einzelplan seines Hauses überblicken könne. Es mache keinen Sinn, einen Haushalt zu beraten, wenn schon öffentlich angekündigt werde, dass er verändert werde. Ihn – Deppe – interessiere, wann ein beratungsfähiger Haushalt vorgelegt werde.

André Stinka (SPD) betont, schon in der letzten Ausschusssitzung habe Rainer Deppe die Verfassungsgemäßheit angesprochen. Zum Nachtragshaushalt 2010 habe man sich vor Gericht wiedergetroffen. Heute sei der Haushalt 2011 Beratungsgegenstand.

Ihn erstaune die Einlassung von Kai Abrusatz, es sei zu wenig Zeit für den Nachvollzug gewesen. Er habe es so in Erinnerung, dass terminlich Einvernehmen erzielt worden sei, um eine ordentliche Beratung sicherzustellen.

Selbstverständlich – so **Minister Johannes Remmel** – stehe die Landesregierung allen Fraktionen des Hauses zur Vorbereitung auf die Plenar- und die Ausschussberatungen zur Verfügung. Davon habe wohl, bezogen auf den Einzelplan 10, nur die SPD-Fraktion Gebrauch gemacht. Vielleicht wären einige Fragen im Vorfeld zu klären gewesen. Er biete an, Fragen mit den Fachleuten des Hauses zu klären.

Die Landesregierung habe einen Haushaltsentwurf vorgelegt. Die Änderungsanträge der Fraktionen seien mit der Landesregierung nicht final beraten. Man leiste Unterstützung; aber es sei Aufgabe der Fraktionen, sie einzubringen und zu beraten. Die Fragestellungen richteten sich teilweise auf Details.

Eine grundsätzliche Bemerkung zum Personalhaushalt, insbesondere zu den von Kai Abrusatz angesprochenen 42 kw-Vermerken: Die Personen in der Verwaltung würden aus demografischen Gründen immer älter. Wenn jedes Jahr kw-Vermerke erbracht werden müssten, was über eine längere Strecke der Fall gewesen sei, und keine Stellen nachbesetzt werden könnten, verschwinde über diesen Weg wertvoller Sach- und Fachverstand, ohne dass ein Übergang an einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin gewährleistet sei. Das leiste sich kein Unternehmen, und er – Rem-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich)

06.04.2011
mr-be

mel – sei der Meinung, das könne sich auch keine öffentliche Verwaltung leisten. Insofern sei es ein erster Hoffnungsschimmer, die kw-Vermerke für einen gewissen Zeitraum nicht mehr erfüllen zu müssen. Man werde aber – das sei die Absicht der Landesregierung – im Rahmen einer Aufgabenkritik transparent und öffentlich sagen müssen: Wenn bestimmtes Personal wegfalle, müsse auch diese oder jene Aufgabe wegfallen.

Ein Beispiel: Wenn man EU-Mittel zur Unterstützung des Wanderfischprogramms beantrage, das alle haben wollten, brauche man auch Personal, um die EU-Mittel zu bewirtschaften. Wenn das Personal aber wegfalle, müsse man in den sauren Apfel beißen, auf das Wanderfischprogramm zu verzichten. In dieser Konsequenz müsse künftig auch das Parlament beraten oder – dafür werbe man – für einen etwas flexibleren Übergang von Fachwissen auf die nächste Generation sorgen.

Es seien einige Sachpositionen angesprochen worden. Darüber hinaus lägen Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies macht deutlich, dass im Fachausschuss keine Änderungsanträge vorlägen.

Hamide Akbayir (LINKE) betont, dass dem Fachausschuss lediglich vier Änderungsanträge als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben worden seien; sie würden im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt.

Minister Johannes Remmel fährt fort, eine Reihe von Vorhaben des Koalitionsvertrags, insbesondere Klimaschutzanstrengungen, sei auch mit zusätzlichen Untersuchungen und Programmen versehen. Insofern ergäben sich dort einige Veränderungen.

Zum Zweiten sei durch den Übergang eines Teils der ehemaligen Abteilung „Klimaschutz und Energie“ in das Umweltministerium auch die eine oder andere Veränderung im Haushalt verbunden, zum Beispiel bei der Position „Messen und Veranstaltungen“. Die Menge zusätzlicher Aufgaben sei erheblich. Hoffentlich sei der Haushaltstitel auskömmlich.

Zur Funktionsweise der Wasserrahmenrichtlinie, um Missverständnisse zu vermeiden: Die Entgelte aus dem Wasserentnahmeentgeltgesetz würden im Einzelplan 03 vereinnahmt, und im Einzelplan 10 sei eine Ausgabe etatisiert. Aufgrund der vorgeschlagenen Veränderungen stehe im Einzelplan 03 ein Abfließvermerk für Einnahmen, die über eine gewisse Größe hinausgingen, die dem Einzelplan 10 zufließen. Insofern werde all das, was in Einzelplan 03 über die genannte Einnahmegröße hinaus eingehe, zusätzlich für die EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Verfügung stehen. Der nominell ausgewiesene Betrag von 37 Millionen € für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie werde also um die Summe überschritten, die zu-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich)

06.04.2011
mr-be

sätzlich zu den dort veranschlagten Einnahmen aufgrund möglicher Gesetzesänderungen eingehe.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies kündigt an, über den Einzelplan 10 und über das Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgelts abstimmen zu lassen.

Rainer Deppe (CDU) wendet ein, zum Wasserentnahmeentgeltgesetz finde morgen eine Anhörung statt. Deshalb könne man heute nicht darüber abstimmen. Als Weihnachtsüberraschung sei der Gesetzentwurf am 23.12.2010 dem Parlament zugeleitet worden. Die Landesregierung habe diesen Entwurf nicht eingebracht, sondern ihn zurückgehalten, um ihn zusammen mit dem Haushalt zu präsentieren. Die Niederschrift der Anhörung müsse ordnungsgemäß ausgewertet und im Ausschuss beraten werden.

Kai Abruszat (FDP) plädiert ebenfalls dafür, die Anhörung morgen abzuwarten, obwohl der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lediglich mitberatend sei.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies hält fest, man werde die Anhörung zum Wasserentnahmeentgeltgesetz abwarten und in der nächsten Sitzung am 11. Mai 2011 über das Wasserentnahmeentgeltgesetz beraten und abstimmen.

Der Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert angenommen.

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
zum Haushaltsgesetz 2011**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 15/xxx

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
1	DIE LINKE	Kapitel 10 170 Titelgruppe Titel 671 12 Landwirtschaftskammer NRW Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen) Erstattung von Verwaltungskosten, für Versorgungsmehrbelastung Reduzierung des Baransatzes oder: <table><tr><td></td><td>2011</td><td>Ansatz lt. HH 2010</td></tr><tr><td>von</td><td>18 550 000 Euro</td><td>18 550 000 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>5 000 000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>13 550 000 Euro</td><td></td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die Landwirtschaftskammer muss sich stärker über Beiträge finanzieren und sollte daher mit weniger öffentlichem Geld auskommen.		2011	Ansatz lt. HH 2010	von	18 550 000 Euro	18 550 000 Euro	um	5 000 000 Euro		auf	13 550 000 Euro		CDU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE
	2011	Ansatz lt. HH 2010													
von	18 550 000 Euro	18 550 000 Euro													
um	5 000 000 Euro														
auf	13 550 000 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
zum Haushaltsgesetz 2011**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
2	DIE LINKE	Kapitel 10 170 Landwirtschaftskammer NRW Titelgruppe Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen) Titel 671 11 Erstattung von Verwaltungskosten, für die Wahrnehmung von Landesaufgaben Reduzierung des Baransatzes 2011 Ansatz lt. HH 2010 von 59 780 000 Euro 58 780 000 Euro um 12 000 000 Euro auf 47 780 000 Euro <u>Begründung:</u> Die Landwirtschaftskammer muss sich stärker über Beiträge finanzieren und sollte daher mit weniger staatlichen Geldern auskommen.	CDU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
zum Haushaltsgesetz 2011**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 15/xxx

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
3	DIE LINKE	Kapitel 10 460 Nordrhein-Westfälisches Landgestüt Gesamtausgaben für das Kapitel Titel Reduzierung des Baransatzes 2011 Ansatz lt. HH 2010 von 4 511 700 Euro 4 418 100 Euro um 4 511 700 Euro auf 0 Euro <u>Begründung:</u> Das Landgestüt muss wirtschaftlicher arbeiten und ohne staatliche Finanzierung auskommen.	CDU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
zum Haushaltsgesetz 2011**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 15/xxx

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
4	DIE LINKE	Kapitel 10 050 Titelgruppe Titel 09... Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz Steuern und Steuerähnliche Abgaben aus dem Braunkohletagebau Erhöhung: <table><tr><td></td><td>2011</td><td>Ansatz lt. HH 2010</td></tr><tr><td>von</td><td>0 Euro</td><td>0 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>26,3 000 000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>26,3 000 000 Euro</td><td></td></tr></table> <u>Begründung:</u> Wasserentnahmegebühren auch für die Sümpfungswässer vom Braunkohletagebau. Da dieser enorme Mengen an Grundwasser abpumpt und gleichzeitig große Gewinne durch die Stromerzeugung mit Braunkohle erzielt. Daher ist eine Abwasserabgabe, die für den Gewässer- und Trinkwasserschutz ausgegeben wird, hier besonders sinnvoll.		2011	Ansatz lt. HH 2010	von	0 Euro	0 Euro	um	26,3 000 000 Euro		auf	26,3 000 000 Euro		CDU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE
	2011	Ansatz lt. HH 2010													
von	0 Euro	0 Euro													
um	26,3 000 000 Euro														
auf	26,3 000 000 Euro														